



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 18. Mai 2022

97. 2021/273

Postulat von Michael Kraft (SP), vertreten durch Barbara Wiesmann (SP), Markus Kunz (Grüne), vertreten durch Sibylle Kauer (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.06.2021:

Austritt der Energie 360° AG aus dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)

Ausstand: Michael Schmid (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Barbara Wiesmann (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4088/2021): Die Energie 360° AG (Energie 360°) gehört fast vollständig der Stadt Zürich und ist Mitglied des Verbands der Schweizer Gasindustrie (VSG), der Interessenvertretung der Gasverkäufer in der Schweiz. Dieser Verband positioniert sich mit einem starken Lobbying und versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dabei werden auch aggressive Methoden nicht gescheut. Energie 360° zahlt dem Verband jährlich die hohe Summe von 438 000 Franken. Die Ziele des Verbands decken sich dabei nicht mit den Zielen der Stadt Zürich, die beschlossen hat, bis im Jahr 2040 aus dem fossilen Gas auszusteigen. Sowohl Bio- als auch synthetisches Gas stellen keine Alternative dar. Schweizer Biogas wird nie in den benötigten Mengen zu Verfügung stehen und auch Import ist keine gute Lösung. Synthetisches Gas wäre sehr teuer und nutzt Strom ineffizient. Genau auf diese Stoffe setzt aber der VSG. Ein Ausstieg ist nicht geplant. Der VSG positioniert sich mit seinen heutigen Angeboten als Teil der Lösung für eine klimaneutrale Schweiz. Weil die Ziele des VSG nicht deckungsgleich mit den Zielen der Stadt Zürich sind, ist es unsinnig, die Aktivitäten des VSG mitzufinanzieren. Das Onlinemagazin «Republik» kam zum Schluss, dass es sich bei diesen Zahlungen um öffentliches Geld handelt, das entgegen den Zielen der Stadt eingesetzt wird. Deshalb soll die Mitgliedschaft bei Energie 360° so bald wie möglich gekündigt werden. Andere Energieunternehmen in öffentlicher Hand haben diesen Schritt bereits vollzogen, beispielsweise die Basler «IWB», die den Schritt damit begründete, dass das Unternehmen auf klimafreundliche Lösungen setzen möchte. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens, so IWB, passe deshalb nicht mehr vollumfänglich zu einer Mitgliedschaft beim VSG. Diese Argumentation trifft auch auf die Stadt Zürich zu. Für Netto Null 2040 könnte man das Geld, das heute an den VSG geht, besser einsetzen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.



2 / 4

STR Michael Baumer: Ich möchte erwähnen, dass eine grosse Mehrheit am vergangenen Abstimmungssonntag dem Ziel Netto-Null 2040 zugestimmt hat. Insbesondere die Transformation der Wärmeversorgung ist ein grosser Teil dieses Ziels. Dieser Vorstoss scheint mir aus der Zeit gefallen: Die Zielsetzung des VSG hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Der VSG vertritt das Ziel der Branche, die Gasversorgung bis im Jahr 2050 zu de-karbonisieren. Dazu gehört der schweizweite Ausbau der thermischen Netze, auch ausserhalb Zürichs. Insofern ist der VSG nicht nur eine politische Interessenvertretung, sondern eine Branchenorganisation. Diese ist nötig, damit die Branche diese Transformation durchführen kann. Ausserdem hat die Energie 360° AG massgeblich zu dieser Neuorientierung des VSG beigetragen. Es ist besser, diese Transformation im VSG mitzugestalten. Eine Differenz ist zwar, dass die Stadt Zürich das Jahr 2040 zum Ziel hat für Netto-Null und der VSG das Jahr 2050, aber hier gibt es einfach unterschiedliche Geschwindigkeiten. Ausserdem ist die Versorgungssicherheit ein sehr wichtiges Thema, das die Branche lösen muss. Seit dem Angriff Putins auf die Ukraine ist die Lage eine andere. Es geht nicht mehr nur um eine mittelfristige Transformation, sondern um die konkrete Versorgungssicherheit in der Schweiz. Wenn man vom Gas wegkommen möchte, ist der Wandel der Wärmeversorgung ein zentrales Mittel. Diese Transformation wird aber nicht bis nächsten Winter geschehen. Die Versorgungssicherheit ist ein grosses Problem, das die Branche gemeinsam angehen muss – wenn nicht sogar internationale Zusammenschlüsse nötig werden. Die Branche muss dieses Thema als Ganzes angehen. Gerade heute gab es eine Medienmitteilung, wonach eine Gasspeichervorgabe erlassen werde. Dadurch werden die Gasfirmen in der Schweiz verpflichtet, Reserven im nahen Ausland abzusichern. Diese Vorschrift vom Bund ist in Zusammenarbeit mit dem VSG entstanden. Dieser Austritt missachtet also die aktuelle Position des VSG, schadet der Transformation und ist unverantwortlich.

Weitere Wortmeldungen:

Dominik Waser (Grüne): Seit Monaten schüren der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien die Angst vor einem Blackout. Deswegen fordern die FDP und die SVP neue Atomkraftwerke. Diese Warnungen sind ernst zu nehmen – auch wenn es dabei nicht wirklich um ein Blackout geht, sondern viel mehr darum, eine Milliardenindustrie zu erhalten. Tatsächlich geht es darum, Gas-Kraft auszubauen. Das ist eine energie- und klimapolitische Katastrophe und impliziert die Torpedierung der Klimaziele der Schweiz und der Stadt Zürich. Dass die Stadt Zürich Netto-Null 2040 beschlossen hat, ist aber ein klares Signal dafür, dass die Stadt alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit fossilen Energien beenden soll. Wer behauptet, dass der VSG keine politische Organisation sei, liegt falsch. Ein Beispiel ist der Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid, der in Bern für fossile Energien lobbyiert. Er ist Verwaltungsratspräsident der VSG, was ein klares Zeichen dafür ist, dass der VSG durchaus eine politische Lobbyorganisation ist.

Beat Oberholzer (GLP): Der VSG ist einerseits ein klassischer Interessenvertreter der fossilen Energieversorgung. Andererseits könnte der VSG auch ein Bindeglied sein zwischen jenen, die schneller transformieren und jenen, die dabei Hilfe brauchen. Dafür gibt es aber auch den Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfachs (SVGW), bei dem



3 / 4

Energie 360° ebenfalls Mitglied ist. Wir haben gehört, dass andere Betriebe bereits ausgetreten sind. Würde die Stadt Zürich Mitglied bleiben, wäre das ein komisches Signal. Ausserdem finanzierte Energie 360° mit ihren Beiträgen in der Vergangenheit auch Kampagnen, die den klassischen Gasverbrauch beworben haben. Man könnte argumentieren, dass Energie 360° ein eigenes Unternehmen sei, das diese Entscheide selbst fällen soll. Aber gerade dieser Austritt ist ein strategischer Entscheid, den auch dieser Rat mitbestimmen soll. Bei der GLP überwiegen die Gründe für das Postulat.

Andreas Kirstein (AL): *Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zum Weg der Gasindustrie der Schweiz und deren politischem Verband VSG. Wir haben kürzlich entschieden, dass die Stadt Zürich im SVGW Mitglied bleiben soll, weil dort notwendiger fachlicher Austausch stattfindet. Der Hinweis auf die aktuelle Lage ist legitim, die Frage bleibt allerdings, wie man die Neupositionierung der Gaswirtschaft in diesem Lichte beurteilt. Für mich ist die Situation auch ein Re-Legitimierungsversuch der Gasindustrie, die sich schon lange einen grünen Anstrich verleihen will, obwohl der allergrösste Teil des Umsatzes immer noch mit Erdgas erzielt wird. Das ist eine Realität. Dass es sich beim Austritt aus dem Verband um Symbolpolitik handelt, ist klar. Natürlich kann man argumentieren, dass man als Mitglied auch mitgestalten kann. Man könnte aber auch ein Zeichen setzen, dass der Verband mit seiner Geschichte nicht glaubwürdig genug ist, um die Wende voranzutreiben. Dies hängt auch mit der grundsätzlichen Zusammenarbeit mit Energie 360° zusammen, die wir anders sehen als der Stadtrat. Die AL glaubt, dass wir vorwärtsmachen und nicht auf allmähliche Transformationen hoffen sollten.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Den Bürgerlichen wird vorgeworfen, dass sie aus taktischen Gründen ein Blackout dramatisieren. Das ist falsch. Die Gefahr eines Blackouts besteht schon lange. Bereits vor zehn Jahren ist ein Buch mit dem Titel Blackout erschienen. Gerade jetzt, wo man immer mehr auf Elektrizität umsteigt, liegt es doch auf der Hand, dass der Strom knapp werden könnte. Dafür sind gar keine unrealistischen Szenarien nötig. Die Gefahr eines Blackouts ist real und könnte innerhalb einer Stunde zu Katastrophen führen. Wenn die Linke den Bürgerlichen Taktik vorwirft, dann können auch die Bürgerlichen der Linken vorwerfen, dass diese durch das Herunterspielen der Gefahr darauf hofft, dass die Elektromobilität weitergetrieben wird.*

Dominik Waser (Grüne): *Ja, ich werfe den Bürgerlichen taktische Dramatisierung vor. Die SVP hat gesagt, dass man vor zehn Jahren etwas gegen drohende Stromlücken hätte tun sollen. Das stimmt. Man hätte damals die erneuerbaren Energien ausbauen sollen. Das hat man nicht getan, und die Bürgerlichen stellen sich noch immer dagegen. Vielmehr benutzen die Bürgerlichen angebliche Stromlücken als Grund, warum Gas als Zwischentechnologie genutzt werden soll. Dazu sagen die Grünen Nein.*

Das Postulat wird mit 74 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat